

Frühkindliche Bildung endlich zukunftssicher machen

Zukunftsparagraph des Städtetags weist in die richtige Richtung

Stuttgart, 19.03.2023: Die Landeselternvertretung baden-württembergischer Kindertageseinrichtungen (LEBK-BW) unterstützt den Vorstoß des Städtetags zu einem sogenannten Zukunftsparagraphen. Angesichts des gravierenden Personalmangels in den Kindertageseinrichtungen muss das System der frühkindlichen Bildung und Betreuung schnellstens zukunftssicher gemacht werden. Die Initiative des Städtetags weist dabei in die richtige Richtung. Die LEBK-BW vertritt seit längerem die Position, dass das bestehende System so nicht weiter fortbestehen kann. Den großen Handlungsbedarf zeigen die drastischen Einschnitte bei den Betreuungsangeboten unter anderem in Radolfzell, Tübingen oder Offenburg.

Dem Gedanken hinter dem vom Städtetag ins Spiel gebrachten „Zukunftsparagraphen“, der den Kommunen mehr Flexibilität und größere Handlungsspielräume ermöglichen soll, steht die LEBK-BW grundsätzlich offen gegenüber. Den unterschiedlichen Ausgangslagen in den Kommunen kann am ehesten mit individuellen und vor Ort erarbeiteten Lösungsansätzen begegnet werden. Grundbedingung für die LEBK ist hierbei, dass alle Beteiligten vor Ort - neben Fachkräften, Trägern und Verwaltung auch zwingend die Eltern - gemeinsam Lösungen erarbeiten und diese dann auch von allen Beteiligten mitgetragen werden können. Aus dem Zukunftsparagraphen darf kein Automatismus entstehen, der Träger und Einrichtungen unter Druck oder Zugzwang setzt. Die LEBK-BW unterstützt die Forderung nach multiprofessionellen Teams in den Kitas. Die Zusammensetzung der Teams muss sich dabei am Kind und dessen Recht auf Bildung, Förderung, Entwicklung und die Achtung des Kindeswohls orientieren. Aus diesem Grund dürfen nur solche Kräfte auf den Personalschlüssel angerechnet werden können, die eine angemessene pädagogische Grundqualifikation vorweisen können. Hier sieht die Landeselternvertretung deutlichen Diskussionsbedarf über die Vorschläge des Städtetags. Wer mit den Kindern arbeitet, braucht pädagogische Erfahrung und Qualifikation, hinter diese Standards darf auch der Platz- und Personalmangel nicht zurückführen.

Bei aller positiver Bewertung des Vorstoßes des Städtetags fordert die LEBK-BW ein Ende der Kommunikation über Positionspapiere und Presseerklärungen. „Wir müssen uns jetzt alle – Träger, Spitzenverbände, Gewerkschaften und Berufsverbände sowie die Eltern – an einen Tisch setzen und endlich Wege aus der drängenden Lage entwickeln. Dazu ist ein längerer Prozess erforderlich, den wir als Vertretung der Elternschaft bereits seit längerer Zeit fordern“, so der Vorstand der LEBK-BW.